



Stadt Kamen

Niederschrift

Rat

über die
1. Sitzung des Rates
am Donnerstag, dem 18.01.2024
im Sitzungssaal I des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:09 Uhr

Anwesend

Bürgermeisterin
Frau Elke Kappen

SPD

Herr Mehmet Akca
Herr Denis Aschhoff
Frau Alexandra Bartosch
Herr Oliver Bartosch
Herr Joachim Eckardt
Herr Daniel Heidler
Herr Peter Holtmann
Herr Klaus Kasperidus
Frau Christiane Klanke
Herr Gökçen Kuru
Frau Brigitte Langer
Frau Elena Liedtke
Frau Jutta Maeder
Herr Bastian Nickel
Frau Nadine Pasalk
Herr Lucas Sklorz
Frau Ulrike Skodd
Herr Oliver Syperék
Herr Theodor Wältermann

CDU

Herr Ralf Eisenhardt
Frau Rosemarie Gerdes
Frau Sarah Grüneberg
Herr Stefan Helmken
Herr Wilhelm Kemna
Herr Heinrich Kissing
Herr Ralf Langner
Frau Susanne Middendorf

Frau Helga Pszolka
Herr Andreas Sude
Herr Dietmar Wünnemann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Michael Brauckmann
Frau Anke Dörlemann
Frau Sandra Heinrichsen
Frau Manuela Laßen
Herr Marian-Rouven Madeja
Frau Anke Schneider

DIE LINKE / GAL

Herr Klaus-Dieter Grosch
Frau Ruthild Lindemann-Opfermann

WG Kamen

Herr Dirk Externbrink
Herr Dennis Kobus

FDP

Herr Alfred Mallitzky
Frau Alexandra Werthmann

fraktionslos

Herr Ulrich Lehmann
Herr Timon Lütschen

Ortsvorsteher

Herr Ulrich Klein
Herr Friedhelm Lipinski
Herr Max Pasalk
Herr Hans-Jürgen Senne

Verwaltung

Frau Julia Freundl
Herr Dr. Uwe Liedtke
Frau Sabrina Lohsträter
Frau Ingelore Peppmeier
Frau Hanna Schulze
Herr Christian Völkel
Herr Christoph Watolla

Personalrat

Herr Frank Richard

Entschuldigt fehlten

Herr Michael Bierhoff
Frau Carina Feige
Herr Rainer Fuhrmann
Frau Christina Kollmann
Herr Dr. Oliver Romeo
Herr Manfred Wiedemann

Die Bürgermeisterin, Frau **Kappen**, begrüßte die Ratsmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Bestellung einer/eines Schriftführerin/Schriftführers	001/2024
2	Einwohnerfragestunde	
3	Absenkung der Elternbeiträge für Tageseinrichtungen für Kinder und Kindertagespflege hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 07.01.2024	
4	Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grundsteuer und die Gewerbesteuer in der Stadt Kamen	002/2024
4.1	hier: Sachantrag der Fraktion DIE LINKE./GAL vom 08.01.2024	
5	Haushaltssatzung für das Jahr 2024	003/2024
6	Freiwillige Haushaltskonsolidierung hier: Antrag der Fraktion der Wählergemeinschaft Kamen e V. vom 07.01.2024	
7	Einführung eines Ausschusses für Digitalisierung (Digitalausschuss) hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 07.01.2024	
8	Erstellung eines umfassenden Organisationsgutachtens für die Verwaltung hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 07.01.2024	
9	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.
001/2024

Bestellung einer/eines Schriftführerin/Schriftführers

Beschluss:

Der Rat bestellt auf Vorschlag der Bürgermeisterin, für die Dauer der laufenden Wahlperiode, Herrn Dietmar Lerch zum Schriftführer und Frau Julia Freundl zur stellvertretenden Schriftführerin.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen lagen nicht vor.

Zu TOP 3.

Absenkung der Elternbeiträge für Tageseinrichtungen für Kinder und Kindertagespflege

hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 07.01.2024

Frau **Heinrichsen** erläuterte den Antrag ihrer Fraktion.

Herr **Heidler** bemängelte, dass die Fraktion B90/Die Grünen keinen Deckungsvorschlag für die zusätzlichen Kosten von etwa 900.000 Euro vorsehen würde. Er forderte außerdem mehr Zeit für die Fraktionen, um sich mit dem Thema und einer eventuellen Satzungsänderung vertraut zu machen. Deshalb werde seine Fraktion den Antrag ablehnen.

Herr **Eisenhardt** äußerte seine Bedenken, dass die Senkung der Elternbeiträge den städtischen Haushalt stark belasten würde und die Fraktion B90/Die Grünen zudem keine Begründung für ihren Antrag geliefert habe. Er regte an, den Antrag zunächst im zuständigen Fachausschuss – dem Jugendhilfeausschuss – zu diskutieren. Die CDU-Fraktion sei grundsätzlich offen für die Thematik, aber nicht zum jetzigen Zeitpunkt.

Frau **Lindemann-Opfermann** teilte mit, dass ihre Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Sie befürwortete die Abschaffung der Beiträge als grundsätzliches Ziel. Sie regte an, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zu bilden, die ein Konzept erarbeite.

Frau Werthmann nahm ab 17.15 Uhr an der Beratung und Beschlussfassung teil.

Auch die SPD-Fraktion spreche sich grundsätzlich für eine kostenlose Kinderbetreuung aus, so Herr **Aschhoff**. Er fragte die Fraktion B90/Die Grünen, ob der Deckungsvorschlag die mögliche Erhöhung der Grundsteuer B sei.

Frau **Klanke** befürwortete die vorlaufende Beratung im Jugendhilfeausschuss.

Frau **Heinrichsen** bejahte die Frage von Herrn Aschhoff. Mit dem Absenken der Beiträge und der möglichen Erhöhung der Grundsteuer könne sozialer Ausgleich geschaffen werden. Sie stimmte der Vorberatung im Fachausschuss sowie einem interfraktionellen Arbeitskreis zu.

Herr **Eisenhardt** sprach sich gegen einen Arbeitskreis aus. Die Vorberatung im Fachausschuss mit den jeweiligen Mitgliedern und Sachverständigen sei der richtige Weg.

Da es noch reichlich Hintergrundinformationen benötige, sprach sich Frau **Grüneberg** für eine Vorberatung im Jugendhilfeausschuss aus.

Frau **Dörlemann** stimmte dem zu.

Herr **Aschhoff** fasste zusammen, dass die Thematik wichtig sei, aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht entschieden werden könne.

Die **Bürgermeisterin** schlug vor, dass die Verwaltung in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses ein Konzept erarbeite und vorstelle.

Der Antrag wurde einvernehmlich zurückgestellt. Die Verwaltung wird für einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses ein Konzept vorbereiten und mögliche Varianten zur Diskussion stellen.

Zu TOP 4.
002/2024

Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grundsteuer und die Gewerbesteuer in der Stadt Kamen

Herr **Grosch** erläuterte seinen Antrag (*siehe Anlage 1 der Niederschrift*).

In seiner Rede (*siehe Anlage 2 der Niederschrift*) lehnte Herr **Heidler** für die SPD-Fraktion den Antrag der Fraktion DIE LINKE./GAL ab und sprach sich für den Verwaltungsvorschlag aus.

Für die Fraktion B90/Die Grünen sprach sich Frau **Dörlemann** gegen den Verwaltungsvorschlag und für den Antrag der Fraktion DIE LINKE./GAL aus (*siehe Anlage 3 der Niederschrift*).

Herr **Eisenhardt** stimmt dem Verwaltungsvorschlag zu und lehnte den Antrag der Fraktion DIE LINKE./GAL ab (*siehe Anlage 4 der Niederschrift*).

Herr **Eckardt** zeigte sich erschrocken über die Äußerungen von Frau Dörlemann zur Kamener Stadthalle.

Für die Fraktion Wählergemeinschaft Kamen sprach sich Herr **Kobus** gegen den Antrag der Fraktion DIE LINKE./GAL sowie gegen den Verwaltungsvorschlag aus (*siehe Anlage 5 der Niederschrift*).

Für die FDP-Fraktion lehnte Herr **Mallitzky** den Antrag der Fraktion DIE LINKE./GAL sowie den Verwaltungsvorschlag ab. Die Kamener Bürger sowie die Gewerbetreibenden würden finanziell zu stark belastet werden. Dies sei nicht zielführend.

Herr **Lehmann** sprach sich gegen den Antrag der Fraktion DIE LINKE./GAL sowie den Verwaltungsvorschlag aus (*siehe Anlage 6 der Niederschrift*).

Herr **Kissing** erläuterte, dass Leistungseinschränkungen für die Kamener Bürger grundsätzlich vertretbar und verträglich sein müssten. Zum Vorschlag der Fraktion DIE LINKE./GAL und der damit verbundenen Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer zeigte er die unterschiedlichen Auswirkungen auf.

Herr **Grosch** erläuterte einige konkrete Beispiele für die Ausgaben, die in Zukunft zusätzlich anfallen würden. Er argumentierte, dass die Kamener Bürger nicht doppelt besteuert werden dürften.

Herr **Aschhoff** erklärte, dass die meisten finanziellen Herausforderungen, mit denen die Kommunen konfrontiert seien, auf Entscheidungen von Landes- und Bundesregierungen zurückzuführen seien.

Herr **Mallitzky** kritisierte, dass die unzureichende Pflege der städtischen Anlagen zu einem erheblichen Sanierungsbedarf führe. Die Kosten für die Instandsetzung dieser Schäden seien sehr hoch und würden den Haushalt belasten.

Man wolle eine Aufkommensneutralität für die Stadt erzielen, so Herr **Eisenhardt**.

Herr **Heidler** forderte die anderen Fraktionen auf, konkrete und nachvollziehbare Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung zu machen. Er betonte, dass es nicht ausreiche, nur Kritik zu üben, sondern dass konstruktive Lösungen gefragt seien.

Herr **Kobus** entgegnete, dass seine Fraktion in der Vergangenheit einige Sparvorschläge vorgelegt habe.

Beschluss:

Der Rat beschließt die vorlegte „Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grundsteuer und die Gewerbesteuer in der Stadt Kamen (Hebesatzsatzung)“ in der in der vorgelegten Variante 2.

Abstimmungsergebnis: bei 16 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 4.1.

hier: Sachantrag der Fraktion DIE LINKE./GAL vom 08.01.2024

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt:

Der Hebesatz für die Grundsteuer B wird von 690 % auf 790 % erhöht.
Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird von 470 % auf 510 % erhöht.

Im Produktbereich 61 (Allgemeine Finanzwirtschaft) werden die Einnahmen für folgende Haushaltspunkte verändert:

61.01.01.401200 Grundsteuer B	11.436.000
61.01.01.401300 Gewerbesteuer	21.160.000

Abstimmungsergebnis: bei 2 Enthaltungen und 33 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt

Zu TOP 5.
003/2024

Haushaltssatzung für das Jahr 2024

Beschluss:

Die Haushaltssatzung 2024 mit ihren Anlagen wird in der Variante 2 mit einem geänderten Hebesatz bei der Grundsteuer B in Höhe von 940 v.H. beschlossen.

Abstimmungsergebnis: bei 16 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Zu TOP 6.

Freiwillige Haushaltskonsolidierung
hier: Antrag der Fraktion der Wählergemeinschaft Kamen e V. vom
07.01.2024

Herr **Kobus** erläuterte den Antrag seiner Fraktion.

Herr **Heidler** erklärte, dass die SPD-Fraktion dem Antrag unter der Bedingung zustimmen werde, dass alle Fraktionen zukünftig konkrete Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung vorlegen.

Auch Herr **Eisenhardt** sprach sich für den Antrag aus, allerdings müsse der Beschlussvorschlag zunächst modifiziert werden.

Herr **Mallitzky** erklärte, dass er den Antrag unterstütze. Bezüglich der geforderten konkreten Vorschläge wies er darauf hin, dass er kein Experte für Verwaltungsangelegenheiten sei.

Der Beschlussvorschlag wurde nach einer ausführlichen Diskussion bezüglich der Formulierung zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt eine freiwillige Arbeitsgruppe aus allen im Rat vertretenen Fraktionen zu bilden. Diese Arbeitsgruppe prüft die Erarbeitung eines gemeinsamen freiwilligen Haushaltskonsolidierungskonzeptes für die Haushaltsjahre 2024ff, welches nach Vorberatung in den Fachausschüssen zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung dem Rat vorgelegt wird. Die Arbeitsgruppe besteht aus Mitgliedern des Rates, benannt durch die Fraktionen. Den Vorsitz hat die Bürgermeisterin inne. Die Arbeitsgruppe kann unabhängig von den Sitzungsansetzungen des Haupt- und Finanzausschusses oder des Rates zusammentreten. Die Arbeitsgruppe tagt unter der Bedingung, dass jede Fraktion sich selbst verpflichtet, zunächst Einsparvorschläge einzubringen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Die Sitzung wurde einvernehmlich von 19:07 Uhr bis 19:17 Uhr wegen einer Pause unterbrochen.

Zu TOP 7.

Einführung eines Ausschusses für Digitalisierung (Digitalausschuss)
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 07.01.2024

Herr **Mallitzky** erläuterte den Antrag seiner Fraktion.

Die SPD-Fraktion werden dem Antrag nicht zustimmen, so Herr **Heidler**. Er sehe keine Notwendigkeit eines separaten Ausschusses. Es verwies auf die regelmäßige Berichterstattung im Haupt- und Finanzausschuss.

Herr **Madeja** schlug vor, den Haupt- und Finanzausschuss um den Aspekt der Digitalisierung zu erweitern und formulierte einen abgeänderten Beschlussvorschlag.

Digitalisierung sei eine Querschnittsaufgabe, so Herr **Eisenhardt**. Weiter erläuterte er, dass Ausschüsse und ihre Aufgaben zu Beginn einer Wahlperiode gebildet werden. Dies könne im Jahr 2025 erneut aufgerufen werden.

Herrn **Aschhoff** fehle die fachliche Perspektive im Ausschuss.

Der Ausschuss sei nicht zielführend, teilte Herr **Kissing** mit.

Die **Bürgermeisterin** schlug vor, den Antrag zunächst zurückzustellen und in einer der nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses einen aktuellen Sachstand über derzeitige Digitalisierungsmaßnahmen in der Verwaltung zu geben.

Herr **Mallitzky** sowie Herr **Madeja** sprachen sich für den Vorschlag der Bürgermeisterin aus.

Dem Vorschlag der Bürgermeisterin wurde einvernehmlich zugestimmt.

Zu TOP 8.

Erstellung eines umfassenden Organisationsgutachtens für die Verwaltung hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 07.01.2024

Frau **Werthmann** erläuterte den Antrag ihrer Fraktion.

Die SPD-Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen, teilte Herr **Heidler** mit. Aufgaben und Normen würden sich jährlich ändern. Zudem werde alle 5 Jahre ein Organisationsgutachten der Gemeindeprüfungsanstalt im Rechnungsprüfungsausschuss vorgestellt.

Herr **Eisenhardt** verwies auf die positive Flexibilität einer Verwaltung. Er kritisierte die hohen Kosten eines Gutachtens.

Frau **Lindemann-Opfermann** begründete die ablehnende Position ihrer Fraktion damit, dass die Arbeitsbelastung für das Personal bereits sehr hoch sei und eine weitere Erhöhung nicht zumutbar sei. Sie äußerte außerdem die Sorge, dass freiwillige Aufgaben zukünftig weniger wahrgenommen werden würden.

Frau **Schneider** erklärte, dass ihre Fraktion kein externes Gutachten für erforderlich halte.

Für Frau **Klanke** sei der Mehrwert des Antrages nicht erkennbar.

Herr **Kobus** verspreche sich mit einem Gutachten zukünftige Einsparmöglichkeiten.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen externen Gutachter zu bestellen, der ein umfassendes Organisationsgutachten für die Verwaltung erstellt. Das Gutachten soll insbesondere folgende Antworten liefern:

- Möglichkeiten der Prozessoptimierung in den Arbeitsabläufen der Kernverwaltung
- Möglichkeiten der Prozessoptimierung durch ein Höchstmaß an Digitalisierung
- Möglichkeiten der weiteren interkommunalen Zusammenarbeit, auch in Bezug auf Personalgewinnung

Auf Grundlage der Ergebnisse des Gutachtens:

- Personalbedarfsermittlung (Personalbemessung)
- Stellenbewertung
- Aufbauorganisation und Geschäftsverteilung

Abstimmungsergebnis: bei 1 Enthaltung und 39 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt

Herr Bartosch verließ um 19:47 Uhr die Sitzung.

Zu TOP 9.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung

1. Glasfaserausbau

Frau **Peppmeier** teilte mit, dass es zur Vertragsunterzeichnung zwischen der GSW und der HeliNet bezüglich des geförderten Glasfaserausbaus in den Gewerbegebieten der Mittelkreise Kamen, Bergkamen und Bönen gekommen sei.

2. Baumaßnahmen

Frau **Schulze** teilte mit, dass aufgrund von Baumaßnahmen die Verkehrsführung an der Massener Straße zwischen dem 22.01. und 16.02.2024 durch eine Ampelanlage geregelt werde. Weiter teilte sie mit, dass es auf der Hammer Straße zwischen dem 08.04. bis 17.05.2024 zu einer Vollsperrung komme. Hier werde die gesamte Fahrbahn mit lärmminderten Asphalt erneuert.

Herr **Dr. Liedtke** ergänzte, dass die Sanierung der Hammer Straße notwendig sei, um einen neuen Kanal zu verlegen, der die Abwasserentsorgung verbessern werde. Es handelt sich um beitragsfreie Maßnahmen für die Bürger.

3. Wohnquartier „Blumenstraße“

Frau **Schulze** informierte über den aktuellen Sachstand zum Wohnquartier „Blumenstraße“. Anfang Januar seien zwei Häuser für unbewohnbar erklärt worden. Viele Parteien konnten bei Bekannten oder Verwandten unterkommen, zwei Parteien seien mit Hilfe der Immobilienverwaltung MVGM in angemessenen Ersatzwohnraum untergebracht worden. Sieben weitere Parteien seien seitens der Stadt untergebracht worden. Die Kontaktaufnahme zu dem Vermieter der Häuser der Blumenstraße gestalte sich weiterhin als schwierig. Frau Schulze gab außerdem bekannt, dass weitere Gebäude in der Blumenstraße instandgesetzt werden müssen.

Die Frage von Frau **Werthmann**, ob allen Mieter ein Sonderkündigungsrecht zustehe, bejahte Frau **Schulze**. Dies ergebe sich durch die Unbewohnbarkeitserklärung.

4. Veranstaltung „Vielfalt und Demokratie“

Die **Bürgermeisterin** wies auf eine Veranstaltung am 27.01.2024 um 11.00 Uhr zum Thema „Vielfalt und Demokratie“ hin.

Anfragen

Die Frage von Herrn **Kuru**, ob das Ratsmitglied Lehmann unrechtmäßig in den Rat der Stadt Kamen gewählt worden sei, verneinte Frau **Schulze**. Dies sei überprüft worden.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen lagen nicht vor.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

keine

gez. Kappen
Bürgermeisterin

gez. Freundl
Schriftführerin